

# **Delegitimierung des Autoritarismus durch Demokratisierung: Die Ukraine vor und nach dem Winter 2004/2005**

*Gerhard Simon*

## **1 Einführung**

Häufig wird die Ukraine als ein gespaltenes Land dargestellt – in erster Linie von jenen, die an einer solchen Spaltung ein Interesse haben, oder aufgrund von Trägheit, die von eingefahrenen Stereotypen ausgeht. Tatsächlich ist die Ukraine nicht gespalten, sondern sie ist gezwungen, das historische Erbe zu tragen, das durch zahlreiche Grenzen bestimmt ist, die überspannt und ausgeglichen werden müssen. Denn das ist der historische Auftrag, seit es erstmals in der Neuzeit einen ukrainischen Staat gibt, der offensichtlich von Dauer sein wird. Durch die Ukraine verlaufen die historischen Grenzen des europäischen Christentums zwischen dem lateinischen Westen und dem griechischen Osten, zwischen den politischen Kulturen westlich-polnischer und östlich-russischer Prägung, zwischen den ukrainisch-polnischen Kämpfen in der Westukraine und den totalitären sowjetisch-stalinistischen Erfahrungen im Osten des Landes. Über diese und manche anderen Grenzen hinweg entsteht als einer der letzten in Europa aus dem Volk der Ukraine ein neuer Staat.

Dieser Staat und seine Gesellschaft müssen ihren Ort im Grenzland zwischen Ostmitteleuropa und Russland bzw. jenen Staaten bestimmen, die wie die Ukraine selbst, aus dem Konkurs der Sowjetunion hervorgegangen sind. Kann es verwundern, dass diese Positionsbestimmung nicht leicht und rasch und eindeutig vollzogen werden kann? Festzuhalten ist vielmehr, dass die Ukraine sich dieser Aufgabe stellt und trotz mancher Schwankungen und Auseinandersetzungen innerhalb des Landes inzwischen ein deutlicher Kurs zu erkennen ist: Die Ukraine wendet sich von der eurasischen Tradition ab und dem Westen zu.

Weil die Ukraine ein Land über viele Grenzen hinweg ist, nimmt sie auch hinsichtlich der Transformation eine Sonderstellung ein. Ihr Weg ist insoweit mit keinem anderen postkommunistischen Land im Osten Europas vergleichbar. Die ukrainische politische Entwicklung koppelte sich seit dem Jahr 2000 zunehmend von der russischen ab, wo sich ein autoritäres Präsidialregime etablierte. Aber es ist andererseits noch nicht gelungen, ein funktionierendes demokratisches Institutionengefüge wie in Polen zu schaffen. Dieser Schwebezustand zwischen einem nicht mehr funktionierenden Autoritarismus und einer labilen demokratischen Ordnung kann jedoch kaum von Dauer sein. Er steht auch im Widerspruch zu dem Willen der Wählermehrheit und der Mehrheit der politischen Elite, die den Weg in eine demokratische Ordnung wollen.

Die zentrale Fragestellung dieses Aufsatzes lautet: Wie ist dieses Stehenbleiben auf halbem Weg zu erklären? Wie kam es zu dem jetzigen Zustand der Halbheiten? Warum ist es in der Ukraine weder gelungen, ein stabiles autoritäres System zu etablieren wie in Russland, noch eine funktionierende Demokratie wie in Polen? Beides wurde versucht: Leonid Kutschma hatte erhebliche Fortschritte gemacht in Richtung Institutionalisierung des Auto-

ritarismus; und die Orangene Revolution war der Aufbruch in eine demokratische Ordnung der Macht. Im Einzelnen sind also die Gründe zu erörtern, warum das „semi-autoritäre“ System Kutschma unterging und warum trotz des eindrucksvollen Siegs der Zivilgesellschaft zum Jahreswechsel 2004/2005 eine stabile demokratische Ordnung bislang nicht gesichert erscheint.

## 2 Das „semi-autoritäre“ System Kutschma

Der Aufbau eines „semi-autoritären“ Systems schritt im Jahrzehnt Kutschmas (1994-2004) recht erfolgreich voran; die Machtkonzentration beim Präsidenten unterschied sich nicht wesentlich von jener in Russland unter Jelzin. Zwar räumte die russische Verfassung von 1993 dem russischen Präsidenten mehr Entfaltungsspielraum ein als die ukrainische von 1996 dem Präsidenten der Ukraine. Aber andererseits erhielt dieser wesentlich mehr Vollmachten in den Provinzen, weil die Ukraine als unitarischer Staat und nicht als Föderation organisiert ist.<sup>1</sup> In beiden Ländern gingen die Präsidenten daran, ihre Macht auszubauen und die demokratischen Institutionen wie Parlamente, politische Parteien und die Justiz zu marginalisieren oder in Abhängigkeit von sich bringen.

Die Regierungen hatten nach dem Buchstaben der Verfassung und in der Verfassungswirklichkeit eine schwache Position und waren weitgehend vom Präsidenten abhängig. Parlamentarische Mehrheiten spielten bei der Regierungsbildung in den neunziger Jahren eine untergeordnete Rolle; die Regierungen waren Präsidialkabinette. Außerdem entstand mit der Administration des Präsidenten, zu der Tausende von Mitarbeitern zählten, eine Art Überregierung. Beide Präsidenten erreichten durch massive Medienmanipulation und systematische Wahlfälschungen ihre Wiederwahl für eine zweite Amtszeit: Boris Jelzin 1996 und Leonid Kutschma 1999.

Danach trennten sich die Wege: 1999 bezeichnete den Höhepunkt der autoritären Machtkonzentration in den Händen des ukrainischen Präsidenten, seit 2000 begann die Formierung einer neuen politischen Opposition in der Gesellschaft und im Parlament, die schließlich in der Orangenen Revolution den Sturz des Regimes Kutschma herbeiführte. In Russland dagegen stabilisierte sich mit der Machtübernahme Putins das autoritäre Präsidialregime; die Opposition schied als Machtfaktor aus.

Nach der Wiederwahl Kutschmas schien zunächst nichts auf ein bevorstehendes Ende seine Regimes hinzudeuten, für das sich in der Forschung inzwischen weitgehend die Etikettierung „semi-autoritär“ eineingebürgert hat.<sup>2</sup> Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass die Ukraine keine Demokratie war, aber auch kein institutionalisiertes autoritäres System.

1 Daran ändert die „Autonomie“ der Krim grundsätzlich nichts.

2 Über das Kutschma-Regime liegen zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen vor, von denen hier einige wichtige genannt seien: Alexander Ott, Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine von 1991 bis 1999, Köln 1999; Ellen Bos, Das politische System der Ukraine, in: Die politischen Systeme Osteuropas, herausgegeben von Wolfgang Ismayr, Wiesbaden 2004<sup>2</sup>, S. 469-513; Lucan A. Way, Kuchma's failed authoritarianism, in: „Journal of Democracy“ 16 (2005) Heft 2, S. 131-145; Hans van Zon, Political culture and neopatrimonialism under Leonid Kuchma, in: „Problems of Post-Communism“ 52 (2005) Heft 5, S. 12-22; Anders Åslund, The Ancien Regime: Kuchma and the Oligarchs, in: Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough, herausgegeben von ders. / Michael McFaul, Washington D.C. 2006, S. 9-28. Vgl. auch den Beitrag von Mykola Rjabtschuk in diesem Band. Geht man von der klassischen Trias der Herrschaftsformenlehre – Demokratie, Autoritarismus, Totalitarismus – aus, so gehört der „Semi-autoritarismus“ dem autoritären Typus an.

Es fanden Wahlen statt, es gab oppositionelle Parteien, der Präsident, der im Parlament häufig nicht über eine Mehrheit verfügte, konnte öffentlich kritisiert werden. Andererseits wurden Wahlen mit zunehmender Raffinesse manipuliert und gefälscht, oppositionelle Gruppen massiv in ihrer Tätigkeit durch administrative Maßnahmen behindert. Die Medien, vor allem das Fernsehen, unterlagen mit geringen Ausnahmen einer strikten Kontrolle durch die Administration des Präsidenten.

Eine wichtige Stütze des Systems Kutschma waren die Oligarchen, jene Finanz- und Industriemagnaten, die seit Mitte der 1990er Jahre durch Raubprivatisierung des sowjetischen Staatseigentums große Vermögen angehäuft hatten und deren primäres Interesse die politische Absicherung ihrer wirtschaftlichen Macht war. So entstand das informelle Quidproquo: Der Präsident sicherte dem neuen Big Business die Geschäfte, und die Oligarchen unterstützten den Präsidenten durch ihre Massenmedien und ihre Parteien in der Verchovna Rada. Korruption war eine wichtige Grundlage für die stabile Verflechtung von Politik und Wirtschaft. Nicht auf Institutionen, sondern auf informellen Seilschaften beruhte die Macht.<sup>3</sup>

Allerdings waren die Oligarchen eine unsichere Stütze für das zunehmend autoritäre Präsidialsystem, denn sie verfolgten in erster Linie ihre eigenen Interessen, die weder einheitlich noch a priori auf die Machterhaltung Kutschmas gerichtet waren. Die Finanz- und Industriemagnaten agierten vielmehr opportunistisch, ihre Loyalität war käuflich, ideologisches Denken lag ihnen fern. Sie standen miteinander in wirtschaftlicher und politischer Konkurrenz und waren deshalb ein Element des Pluralismus in einer Übergangsperiode von der Einparteidiktatur zur offiziell anvisierten demokratischen Ordnung. Manche trennten sich von Kutschma, als dessen Stern sank und gingen auf die andere Seite über.

In der Zeit von Kutschmas Präsidentschaft blieben in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Züge des Wettbewerbs erhalten, weshalb das System als „competitive authoritarianism“ oder als „pluralism by default“ (Lucan Way), also Pluralismus aus Durchsetzungsschwäche, bezeichnet worden ist. Dies war eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung des Autoritarismus. In den harten autoritären Regimes ist es im Postkommunismus bislang nicht gelungen, einen Aufbruch in die Demokratie durchzusetzen. Vielmehr haben sich die autoritären Verhältnisse in Belarus, Usbekistan und Russland weiter gefestigt. Der Sieg der Orangen Revolution hat dort bei den Inhabern der Macht Angst vor dem Übergreifen des orangenen Virus ausgelöst und die Festungsmentalität verstärkt.

### 3 Ursprünge und Impulse für die Entstehung der Opposition

In der Ukraine begann der Niedergang des Regimes Kutschma im Jahr 2000, als der Präsident kurz vor dem Höhepunkt seiner Macht zu stehen schien: Eine bereits durch ein Referendum abgesicherte Verfassungsrevision sollte dem Präsidenten weitere Kompetenzen übertragen und das Parlament endgültig zu einem Instrument der Präsidialherrschaft machen.<sup>4</sup> Da wurde der größte politische Skandal im postkommunistischen Osten Europas zur

3 Keith Darden, The Integrity of Corrupt States: Graft as an Informal State Institution, in: „Politics and Society“ 36 (2008) Heft 1, S. 35-60.

4 Alexander Ott, Präsident, Parlament, Regierung – Wie konsolidiert ist das System der obersten Machtorgane?, in: Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991-2001), herausgegeben von Gerhard Simon, Köln / Weimar / Wien 2002, S. 75-98, hier Seite 87 ff.

Initialzündung für die Formierung einer anti-Kutschma-Opposition: Im November 2000 erfuhr die ukrainische und die Weltöffentlichkeit von geheimen Tonbandaufzeichnungen im Arbeitszimmer von Kutschma, in denen der ukrainische Präsident indirekt die Beseitigung des missliebigen Journalisten Georgij Gongadze anordnete, die Fälschung von Wahlergebnissen und andere Schurkenstücke der politischen Korruption organisierte. Eine Voraussetzung für die stabilisierende Funktion von politischer Korruption ist ihre Geheimhaltung. Kommt sie ans Licht, kann sie das Gegenteil bewirken. Die Empörung über den Gongadze-Skandal mobilisierte einen Teil der politischen Klasse und der breiteren Öffentlichkeit.

Zuerst vorsichtig und nach den Parlamentswahlen im März 2002 immer klarer lösten sich zahlreiche Politiker von Kutschma, darunter auch Juschtschenko, und schlossen sich der Bewegung Ukraine ohne Kutschma an, die seit dem Winter 2000-2001 Massenproteste organisierte. Das System Kutschma schuf sich sozusagen selbst seine Opposition: Der außerordentlich erfolgreiche Premierminister Viktor Juschtschenko wurde nach nur 16 Monaten im Amt im April 2001 von einer unheiligen Allianz aus Oligarchenparteien und Kommunisten in der Verchovna Rada gestürzt und so in eine Oppositionsrolle gedrängt, die seinem politischen Naturell widersprach. Er gründete die politische Bewegung Unsere Ukraine, die bei den Parlamentswahlen im März 2002 aus dem Stand heraus einen überraschenden Sieg errang und mit 112 von 450 Abgeordneten zunächst die größte Parlamentsfraktion stellte. Aber die pro-präsidentiellen Kräfte brachten durch Abwerbung und „Zukauf“ eine pro-Kutschma-Mehrheit in der Verchovna Rada zusammen. Die Opposition fühlte sich um ihren Wahlsieg betrogen. So wurde Juschtschenko, seit seiner Zeit als Premierminister der mit Abstand populärste Politiker in der Ukraine, zum Führer der Bewegung Ukraine ohne Kutschma, der er zunächst fremd gegenüber gestanden hatte.<sup>5</sup>

Diese neue politische Opposition war also keineswegs eine Gegenelite oder eine Fundamentalopposition; fast alle Führer im politischen Kampf gegen Kutschma kamen aus dem Kutschma-Lager, waren enttäuschte frühere Anhänger, die sich nun abwandten. Ein anderes Reservoir zur Rekrutierung einer Opposition existierte nicht. Das orangene Lager, das sich als Opposition formierte und im Januar 2005 erstmals die Regierung übernahm, kann weder mit der antikommunistischen Opposition aus der Wendezeit (z. B. Ruch) noch mit der kommunistischen Opposition in den neunziger Jahren verglichen werden, die eine Wiederherstellung der alten Verhältnisse anstrebte.

So kamen mit der Orangen Revolution, getragen von dem Bürgerprotest, jene Politiker an die Macht, die auch schon zuvor zum Leitungspersonal des autoritären Systems gehört hatten. Die Folgen sind bis heute unübersehbar, zumal der neue Präsident Juschtschenko sich weder *vor* noch *nach* der Orangen Revolution konsequent festlegte, ob er nun gegen oder mit den Kutschma-Leuten Politik machen wollte. Am liebsten wäre ihm mit seiner auf Einheit gerichteten Mentalität wohl beides zugleich. Die politische Biographie von Juschtschenko zeigt, dass bis heute die für die Etablierung der Demokratie fundamentale Herausbildung der Dichotomie Regierung vs. Opposition nicht abgeschlossen ist – weder in den Köpfen, noch in den Institutionen.

---

5 Taras Kuzio, The Opposition's Road to Ruccess, in: „Journal of Democracy“ 16 (2005) Heft 2, S. 117-130.

#### 4 Orangene Revolution

Der gewaltige Bürgerprotest im November und Dezember 2004, dem das Kutschma-Regime weichen musste, wies aber zunächst in eine ganz andere Richtung. Hier – so schien es – stand das Volk gegen das Regime, die neue demokratische Macht gegen die alten, korrupten Seilschaften, ein von Begeisterung und Volksfeststimmung getragener Aufbruch für Europa gegen Sowjetnostalgie, die erfolgreiche Mobilisierung in Orange gegen gekaufte Demonstranten auf der Seite der Blauen. Die Massenmobilisierung in der Ukraine erreichte Ausmaße, die weit über die Großdemonstrationen in der Umbruchszeit des kommunistischen Systems hinausgingen. Und sie blieb gewaltlos. Die orangene Mobilisierung reichte allerdings nicht bis zum Donbas oder zur Krim; hier kam es im Gegenteil zu Gegendemonstrationen.<sup>6</sup> Was waren die Voraussetzungen für den Erfolg der Orangenen Revolution?

1. Das autoritäre System ließ Raum für einen begrenzten Pluralismus, davon war oben bereits die Rede. Die Medienfreiheit war zwar eingeschränkt, dennoch blieben für eine Gegenöffentlichkeit gewisse Spielräume erhalten. Insbesondere ein Teil der Presse war der Opposition zuzurechnen; hinzu kamen die sich rasch ausbreitenden Internetmedien, die vor allem die Jugend erreichten und fast vollständig anti-Kutschma waren. Ein zentraler Aspekt des „semi-autoritären“ Systems besteht eben darin, dass die Einschränkungen der Freiheit nicht vollständig im Dunkeln bleiben, dass jedenfalls ein Teil der Öffentlichkeit davon erfährt und so eine Gegenbewegung in Gang kommen kann. Vor allem die Korruptionsvorwürfe gegen Kutschma und seine Oligarchen haben seine Popularität untergraben. Sie sank in seinem letzten Amtsjahr unter 10%. Auch das konnten die Ukrainer in einem Teil ihrer Medien nachlesen. Das gleichzeitig auf imponierende 12% im Jahr 2004 gestiegene Wirtschaftswachstum hat dem Amtsinhaber politisch nichts genützt. Generell ist festzustellen, dass die verbreitete ökonomische und soziale Unzufriedenheit keine wesentliche Rolle in der Orangenen Revolution gespielt hat.
2. Weil der ukrainische Autoritarismus Nischen ließ, konnten oppositionelle Gruppierungen innerhalb und außerhalb des Parlaments arbeiten – wenn auch eingeschränkt und ständig Schikanen ausgesetzt. Schikanen und Repressalien lösten sogar einen gewissen Mitleids- und Solidarisierungseffekt aus. Nach der Offenlegung des Gongadze-Skandals im Herbst 2000 organisierte die Opposition über Jahre und mit wechselndem Erfolg anti-Kutschma-Aktionen, die schließlich im November 2004 auf den Majdan in Kiew führten. Ohne einen jahrelangen Vorlauf und das Einüben von bürgerlichen Protesten ist die Orangene Revolution nicht zu erklären.
3. Die leitenden Kader kamen – wie schon gesagt – aus dem autoritären Lager. Erst spät und im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes gelang es der Opposition, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten – Juschtschenko – zu einigen. Dennoch blieb bis zum Schluss das einigende Band im Wesentlichen der Sturz des Systems Kutschma; ein darüber hinausgehendes gemeinsames Programm hatten die verschiedenen Oppositionsgruppen nicht. Insofern war Opposition Weg und Ziel zugleich. Wie eine Ukraine

<sup>6</sup> Eine Auswahl aus den zahlreichen Monographien zur Orangenen Revolution: Andrew Wilson, *Ukraine's Orange Revolution*, New Haven / London 2005; Askold Krushelnysky, *An Orange Revolution*, London 2006; Andreas Umland (Hrsg.), *Aspects of the Orange Revolution*, Band 1-6, Stuttgart / Hannover 2007.

ohne Kutschma gestaltet werden sollte, darüber gab es allenfalls vage und widersprüchliche Visionen. Das zeigte sich in aller Schärfe allerdings erst nach dem Sieg der Orangen Revolution.

4. Nicht nur ein Teil der politischen und wirtschaftlichen Elite ging zur Opposition über, sondern auch die militärischen und insbesondere die Sicherheitskräfte waren spätestens seit Sommer 2004 gespalten. Juschtschenko hatte vor Beginn der Großdemonstrationen mit dem Sicherheitsdienst der Ukraine eine Vereinbarung über die Nichtanwendung von Gewalt getroffen. Das autoritäre Regime konnte nicht mehr auf die Loyalität seiner Apparate zählen.
5. Unmittelbarer Auslöser des demokratischen Aufbruchs waren die Wahlfälschungen während der zweiten Runde der Präsidentenwahlen am 21. November 2004. Auch früher waren Wahlergebnisse gefälscht worden, ohne dass dies politische Auswirkungen hatte. Aber gerade das hatte jetzt einen kumulativen Effekt: Weil allgemein mit der Manipulation der Wahlergebnisse gerechnet worden war, hatte sich die Opposition seit Monaten auf Proteste dagegen vorbereitet. Ein sauberer Sieg des Kandidaten aus dem Kutschma-Lager Victor Janukowitsch galt weithin als ausgeschlossen.
6. Die Massenmobilisierung in Kiew und anderen Städten sprengte alle Erwartungen. Die Opposition hatte auf 100 000 gehofft, aber es kamen eine Million Menschen. Dies bot einen gewissen Schutz gegen Gewaltanwendung seitens der Sicherheitskräfte. Eine Garantie dafür, dass die Menschen friedlich miteinander umgehen würden, bedeutete es allerdings nicht, insbesondere nachdem Gegendemonstranten organisiert wurden. Die Gewaltlosigkeit blieb dennoch uneingeschränkt bewahrt – eine der größten Leistungen des demokratischen Aufbruchs.<sup>7</sup>
7. Das semi-autoritäre System und sein Sturz haben im Ausland sensationelle Aufmerksamkeit und Teilnahme gefunden. Aber die Orangene Revolution ist nicht durch Einflussnahme aus dem Westen gemacht und nicht durch russische Polittechnologie verhindert worden. Die von Europa und Nordamerika finanziell und organisatorisch getragene langjährige Demokratieförderung blieb allerdings nicht ohne Wirkung.<sup>8</sup> Die russische finanzielle und mediale Unterstützung für das System Kutschma endete dagegen in einer politischen Niederlage. Weder das eine noch das andere stellt in Frage, dass die Voraussetzungen, der Ablauf und die Folgen der Orangen Revolution das Werk der Gesellschaft in der Ukraine waren. Die Einwirkung von außen konnte nur das befördern, was im Land selbst an Grundlagen vorhanden war. Auf dem Höhepunkt der Orangen Revolution selbst haben internationale diplomatische Vermittlungen seitens der Länder der EU und Russlands zur Konfliktlösung durch Verhandlungen und Absprachen beigetragen. Dennoch rechtfertigt auch diese Tatsache nicht die Einschätzung, die Ukraine wäre ohne Vermittlung von außen zerbrochen.
8. Die Ukraine hat von vorausgegangenen demokratischen Aufbrüchen in Serbien (2000) und Georgien (2003) profitiert. Die Voraussetzungen und Abläufe weisen zum Teil

---

7 Gerhard Simon, Der Wandel autoritärer Systeme. Postkommunistische Volksbewegungen für Demokratie, in: „Osteuropa“ 56 (2006) Heft 7, S. 79-93; Michael McFaul, Conclusion: The Orange Revolution in a Comparative Perspective, in: Revolution in Orange, The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough, herausgegeben von Anders Åslund / ders., Washington D.C. 2006, S. 165-195.

8 Das hat zu der Einschätzung geführt, die Orangene Revolution sei das Werk der CIA gewesen. Dies hält einer wissenschaftlichen Prüfung nicht stand: Wilson, a.a.O. S. 183 ff; Graeme P. Herd, Colorful Revolutions and the CIS. „Manufactured“ versus „Managed“ Democracy?, in: „Problems of Post-Communism“ 52 (2005) Heft 2, S. 3-18.

frappierende Ähnlichkeiten auf. Insgesamt sind zwischen 1996 und 2006 in acht vormals kommunistischen Ländern (Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Kroatien, Serbien-Montenegro, Georgien, Ukraine und Kirgistan) autoritäre Führer durch Wahlen zum Aufgeben gezwungen worden.<sup>9</sup>

Die Orangene Revolution war ein beeindruckender Sieg der Zivilgesellschaft, geführt von einer Elite, die für die Zukunft Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand versprach statt gefälschter Wahlen, Korruption und der Verquickung von Politik und Wirtschaft in der Form der Oligarchenherrschaft. Die ukrainische Zivilgesellschaft erwies sich als vitaler und handlungsfähiger als vielfach im In- und Ausland vermutet worden war.<sup>10</sup> Tatsächlich haben zivilgesellschaftliche Aktivitäten in der Umbruchszeit des kommunistischen Systems und auch danach wiederholt eine wichtige Rolle in der Politik gespielt. Studentenstreiks in Kiew trugen im Jahre 1990 zum Sturz des Regierungschefs Vitaliy Masol und zwei Jahre später des Premierministers Vitold Fokin bei. Die vorgezogenen Präsidentenwahlen 1994 wurden nicht nur, aber auch durch die Bergarbeiterstreiks im Donbas erzwungen. Allerdings waren diese Aktionen aus der Gesellschaft heraus in den 1990er Jahren nur schlecht mit den politischen Akteuren im Parlament und in den Parteien koordiniert. Dazu kam es erst seit dem Jahr 2000 und den Aktionen der Bewegung Ukraine ohne Kutschma.

## 5 Selbstblockade der demokratischen Institutionen

Trotz des Sieges über das semi-autoritäre System ist aus dem Abstand einiger Jahre deutlich: Es ist bislang nicht gelungen, eine funktionierende demokratische Ordnung fest zu institutionalisieren. In der Ukraine ist vielmehr eine Demokratie entstanden, die sich immer wieder selber blockiert. Dies ist zwar ein Schritt nach vorn gegenüber der Zeit Kutschmas; die Ukraine ist kein autoritäres, sondern ein demokratisches System, aber das Niveau der ostmitteleuropäischen Nachbarn ist noch nicht erreicht. Warum haben sich manche Versprechungen und Erwartungen der Orangenen Revolution nicht erfüllt?

Zivilgesellschaftliche Aktionen leisten einen wichtigen Beitrag zur Aushöhlung und zum Sturz autoritärer Regime; aber demokratische Institutionen vermögen sie nicht zu schaffen. Eine demokratische Ordnung ist jedoch auf Institutionen und das Funktionieren von Prozeduren angewiesen. Hier liegt der wesentliche Grund, warum die Ukraine bis heute keine stabile demokratische Ordnung hat. Es fehlt nicht an gesellschaftlichem Engagement, es fehlt auch nicht an Demokraten wie in Deutschland in der Weimarer Zeit. Vielmehr ist es der politischen Klasse bis heute nicht gelungen, die demokratischen Institutionen zu stabilisieren und sich auf Prozeduren zu einigen, ohne deren Verbindlichkeit eine demokratische Ordnung nicht funktionsfähig ist. So wird der Kampf um die Macht, der in der Demokratie systemnotwendig ist, immer wieder zum Kampf um die Regeln, die in einer gefestigten demokratischen Ordnung eben nicht jeden Tag zur Disposition stehen. Die

---

9 Darüber hinaus hat es im gleichen Zeitraum in zahlreichen Ländern vor allem Lateinamerikas und Asiens „electoral revolutions“ gegeben: Valerie J. Bunce / Sharon L. Wolchik, *International Diffusion and Post-communist Electoral Revolutions*, in: „Communist and Post-Communist Studies“ 39 (2006) Heft 3, S. 283-304.

10 Nadia Diuk, *The Triumph of Civil Society*, in: *Revolution in Orange, The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough*, herausgegeben von Anders Åslund / Michael McFaul, Washington D.C. 2006, S. 69-83.

Verantwortung für die mangelhafte Konsolidierung der Demokratie liegt bei den Eliten, nicht bei den Wählern.

### 5.1 *Verfassungsprobleme*

Die Probleme der sich selbst blockierenden Demokratie sollen im Folgenden in den zentralen Bereichen Verfassungsordnung und Institutionalisierung der Opposition erläutert werden. Die Ukraine hat bis heute keine Verfassung, die von den wesentlichen politischen Kräften akzeptiert wird und zugleich praktikabel, d. h. umsetzbar ist. Die Geschichte der ukrainischen Verfassung ist die Geschichte einer politischen Tragödie. Als vorletzter postkommunistischer Staat<sup>11</sup> gab sich das Land 1996 eine Verfassung. Sie wurde im Dezember 2004 in den Stürmen der Orangen Revolution revidiert in Richtung auf die Umwandlung des Landes in eine überwiegend parlamentarische Republik mit einem geschwächten Präsidenten. Diese im Prinzip begrüßenswerte Verfassungsrevision, die eine Wiederkehr eines autoritären Präsidialregiments verhindern sollte, wurde aber formal und inhaltlich so schlecht gemacht, dass sie mitverantwortlich ist für die seither nicht endenden Regierungskrisen und die Notwendigkeit vorgezogener Parlamentswahlen.<sup>12</sup> Im Sommer 2006 verabschiedete die Verchovna Rada ein Gesetz, das es dem Verfassungsgericht untersagte, die Verfassungsmäßigkeit der Revision vom Dezember 2004 zu überprüfen<sup>13</sup> – ein in der modernen Verfassungsgeschichte wohl einmaliger Vorgang. Dieser Schritt war de facto das Eingeständnis der Verfassungswidrigkeit der Änderungen vom Dezember 2004 wegen formaler Fehler und zugleich der Hilflosigkeit angesichts dieser Situation.

Zahlreiche Bestimmungen der revidierten Verfassung sind nicht eindeutig und laden geradezu ein, die Verfassung im Machtkampf zu instrumentalisieren. Das betrifft z. B. das Zusammenwirken von Präsident und Parlament bei der Bestellung des Premierministers und der Minister für Äußeres und Verteidigung sowie bei der Ernennung der Gouverneure. Die Verchovna Rada entließ am 1. Dezember 2006 Außenminister Borys Tarasjuk. Der Präsident erkannte diese Entlassung mit Hinweis darauf, dass der Präsident nach der Verfassung „die Leitung der außenpolitischen Tätigkeit des Staates ausübt“ (Art. 106 Abs. 2 P.3) jedoch nicht an; ein Gericht bestätigte ihn in dieser Auffassung. Aber die Regierung unter dem damaligen Premierminister Janukowitsch, dem Vorsitzenden der Partei der Regionen, verweigerte Tarasjuk den Zutritt zu Kabinettsitzungen, und als das nicht ausreichte, sperrte die Regierung die Haushaltsmittel des Außenministeriums, so dass Tarasjuk am 30. Januar 2007 seinen Rücktritt einreichte.<sup>14</sup>

Viel weitreichender war die Krise, die von März bis Dezember 2007 jede geregelte Tätigkeit von Parlament und Regierung unmöglich machte. Auch hier spielten die unklaren und unterschiedlich ausgelegten Verfassungsbestimmungen eine entscheidende Rolle. Der Präsident löste am 2. April 2007 durch Ukas das Parlament auf und schrieb Neuwahlen aus. Er berief sich dabei u.a. auf Art. 102 Abs. 2 der Verfassung, der den Präsidenten zum „Garanten“ für „die Einhaltung der Verfassung“ erklärt. Juschtschenko sah die Verfassung

11 Nur Polen war diesbezüglich langsamer. Dort wurde die neue Verfassung erst 1997 verabschiedet.

12 <http://zakon.rada.gov.ua> – Pro vnesennja zminy do konstitucii/ vid 8.12.2004 No 2222-iv.

13 Zakon Ukraïny Pro vnesennja zminy do rozdilj IV „Prykincevi ta perechidny položennja“ Zakonu Ukraïny „Pro Konstytucijnyj Sud Ukraïny“ vom 4.8.2006.

14 Rada zvil'nyla Tarasjuka, in: [www.pravda.com.ua](http://www.pravda.com.ua), 1.12.2008; Politology prokomentuvaly pryčyny vidstavky Tarasjuka, in: <http://ua.korrespondent.net/main/print/65374>, 31.1.2007.



durch zahlreiche und von der Verfassung untersagte Übertritte von Abgeordneten aus der Opposition zur Regierungskoalition gefährdet. Diese kündigte an, mit der demnächst erreichten Zweidrittelmehrheit im Parlament die Verfassung entsprechend den eigenen Interessen neu schreiben zu wollen.

Das Parlament unter seinem Vorsitzenden Oleksandr Moroz erkannte jedoch den Auflösungs-Ukas nicht an und verabschiedete weitere Gesetze. Erst nach zweimonatiger Blockade wurde am 27. Mai 2007 an einem informellen Runden Tisch zwischen Präsident, Premierminister und Parlamentspräsident ein Kompromiss erreicht: Die bisherigen Auflösungs-Ukase – es gab einen zweiten Ukas vom 25. April – wurden außer Kraft gesetzt. Stattdessen löste ein dritter Ukas des Präsidenten das Parlament nach Art. 82 Abs. 2 auf; das Parlament hatte zu diesem Zeitpunkt weniger als zwei Drittel der gesetzlich vorgesehenen Abgeordneten. Die Abgeordneten der Opposition hatten verabredungsgemäß zuvor ihre Mandate niedergelegt. Die vom „aufgelösten“ Parlament nach dem 2. April verabschiedeten Gesetzgebungsakte wurden nachträglich vom Präsidenten anerkannt. Vorgezogene Neuwahlen wurden für den 30. September 2007 vereinbart.<sup>15</sup>

Das hier sichtbare Muster kehrt mit gewissen Varianten immer wieder: Konflikt – Zuspitzung – gegenseitige Blockade – Kompromiss am Runden Tisch außerhalb der verfassungsmäßigen Institutionen. Weitere Beispiele für dieses Paradigma und das schließliche Konfliktmanagement am Runden Tisch sind das Memorandum für Verständigung zwischen der Regierung und der Opposition im September 2005<sup>16</sup> und das „Universal der nationalen Einheit“ vom 3. August 2006.<sup>17</sup> Auf diese Weise sind zwar bisher gewaltsame Konfliktlösungen vermieden worden. Aber die Kosten sind erheblich: Das politische Leben ist über Monate blockiert; dringend notwendige Reformen werden nicht in Angriff genommen; und vor allem: Konfliktursachen werden nicht beseitigt, das betrifft vor allem eine Revision der Verfassungsnovelle vom Dezember 2004. Außerdem wird durch derartige außerverfassungsmäßige Vereinbarungen die Illusion genährt, es gebe jenseits demokratischer Institutionen „bessere“ Instrumente für Konfliktregelungen. Dies war der Grund, warum Julija Tymoschenko als einzige führende Politikerin das Universal nicht unterschrieb.

Die Verfassungsreform vom Dezember 2004 war unter anderem auch eine Antwort auf zuvor herrschende parlamentarische Missstände, insbesondere die große Fluidität der Parteien, die ständige „Migration“ der Abgeordneten von einer Fraktion zur anderen und die damit aufs engste verbundene politische Korruption: Abgeordnete wurden eingekauft oder kauften sich vor Wahlen in Kandidatenlisten ein. Von den 450 Abgeordneten der Verchovna Rada von 2002 bis 2006 wechselten 262 ihre Fraktionszugehörigkeit, manche mehrmals.<sup>18</sup>

Um dem entgegenzusteuern, fiel die Verfassungsrevision vom Dezember 2004 sozusagen von einem Extrem ins andere: Um die „Migration“ der Abgeordneten zu unterbinden, wurde nicht nur das Wahlrecht geändert und ein reines proportionales Wahlrecht einge-

15 Ukaz prezidenta pro rozpuk Verchovnoï Rady, in: [www.pravda.com.ua](http://www.pravda.com.ua), 2.4.2007; Gemeinsame Erklärung des Präsidenten, Parlamentsvorsitzenden und Premierministers über unaufschiebbare Maßnahmen zur Lösung der politischen Krise durch vorgezogene Neuwahlen zum Parlament, 27.5.2007, in: „Ukraine-Analysen“ (2007) Nr. 25, S. 3.

16 Memorandum porozuminnja miž vladoju ta opozycijeju, in: [www.pravda.com.ua](http://www.pravda.com.ua), 22.9.2005.

17 Universal nacional'noï jednosti, in: [www.pravda.com.ua](http://www.pravda.com.ua), 3.8.2006.

18 Juščenko vyjšov na Majdan i skazav, ščo vychodu nema lyše na kladovyšči, in: [www.pravda.com.ua](http://www.pravda.com.ua), 28.4.2007; etwas abweichende Zahlen bei Igmarr Bredies, Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990-2006, Hamburg 2007, S. 154.

führt. Das so genannte imperative Mandat verbietet de facto den Austritt aus der Fraktion, denn er führt zum Verlust des Abgeordnetenmandats (Art. 81 Abs. 2 P. 6). Diese Verfassungsbestimmung widerspricht aber der Gewissensfreiheit der Abgeordneten und steht im Widerspruch zur europäischen Verfassungstradition. Auf der Ebene der Verchovna Rada wurde sie – obwohl sie in der Verfassung steht – bisher nicht angewendet. Es fehlt ein Ausführungsgesetz. Oben war davon die Rede, dass der Übertritt zahlreicher Abgeordneter von der Opposition zur Regierungsmehrheit im Parlament im März 2007 zu einer schweren Krise der Verfassungsorgane führte. Auf unteren parlamentarischen Ebenen wird diese Verfassungsbestimmung dagegen nach der Verabschiedung eines entsprechenden Ausführungsgesetzes im Februar 2007 angewendet.<sup>19</sup>

Ein anderes kollektivistisches Prinzip, das im Dezember 2004 in die Verfassung eingeführt wurde, um dem unzuverlässigen und oftmals käuflichen Individualismus entgegenzuwirken, verlangt, dass im Parlament eine Mehrheitskoalition aus Fraktionen gebildet wird, die dann den Premier und die Minister bestimmt (Art. 81 Abs. 5-10). Beendet wird eine solche Mehrheitskoalition nur durch den Austritt einer oder mehrerer Fraktionen. Der Austritt einzelner Abgeordneter ist dagegen irrelevant für den Fortbestand der Koalition.

Diese Verfassungsnorm hat nur sehr begrenzt zur Disziplinierung und Berechenbarkeit der Abgeordneten geführt, die zwar pro forma in der Fraktion bleiben, um nicht ihr Mandat zu verlieren. Manche arbeiten jedoch außerhalb der Fraktion gegen die Fraktionsführung. Fünf Abgeordnete von Unsere Ukraine traten im Februar 2008 aus der Partei aus – nicht jedoch aus der Fraktion und aus der Regierungskoalition – und gründeten eine neue Partei Einheitliches Zentrum.<sup>20</sup> Zwei weitere Abgeordnete (je einer des Blockes Julija Tymoschenko und Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes) erklärten Anfang Juni 2008 ihren Austritt aus der regierenden Koalition, nicht jedoch aus der Fraktion. Das blieb jedoch für die Regierung zunächst ohne rechtliche Folgen, obwohl die Regierungskoalition damit ihre rechnerische Mehrheit im Parlament verlor.<sup>21</sup>

Derartige Ungereimtheiten, die Kinderkrankheiten des Parlamentarismus heilen sollen, schaden am Ende mehr als sie nützen, und sie untergraben die Legitimität des Parlaments. Einer der Gründe für die faktische Aufkündigung der Loyalität ist offenbar nach wie vor politische Korruption. Dieser Verdacht wird jedenfalls immer wieder geäußert. Insgesamt ist die Zahl der „Abgänge“ von Parlamentariern bei der Partei der Regionen geringer als bei den Parteien aus dem orangenen Lager. Unter vorgehaltener Hand wird das mit der größeren Parteidisziplin und der materiellen Saturiertheit der Mandatsträger der Partei der Regionen erklärt.

Alle Parteien sind sich einig, dass die Verfassung insbesondere hinsichtlich vieler prozeduraler Vorschriften präzisiert werden muss. Einige strittige Verfahrensfragen konnten im Gesetz über das Ministerkabinett vom 16. Mai 2008<sup>22</sup> geregelt werden – zugunsten des Präsidenten. Aber grundlegende Normen des politischen Systems bleiben umstritten. Während Julija Tymoschenko so etwas wie eine Kanzlerdemokratie nach deutschem Vorbild anstrebt, möchte Juschtschenko möglichst viele Kompetenzen beim Präsidenten konzentrieren, um so eine Art Machtgleichgewicht zwischen Regierung und Präsident in der Verfassung festzuschreiben. Die von Juschtschenko favorisierte Verfassungsordnung mit einem

19 „Zerkalo nedeli“ vom 31.5.-6.6.2008, S. 1.

20 Bezsmertnyj pišov z „Našoï Ukraïny i prychoyv šče p'jat'och, in: [www.pravda.com.ua](http://www.pravda.com.ua), 19.2.2008.

21 Lucenko pro svogo „zradnika“: „Povernulac' polityčna prostytucija“, in: [www.pravda.com.ua](http://www.pravda.com.ua), 6.6.2008.

22 <http://zakon.rada.gov.ua/cgi-bin/laws/main.cgi?user=01&find=1&typ=1>.

starken Präsidenten ist im Parlament nicht populär. Da jedoch in der Verchovna Rada eine Zweidrittelmehrheit für eine wie auch immer geartete Verfassungsänderung derzeit nicht zu erkennen ist, wird es wohl in absehbarer Zeit nicht zu einer erneuten Verfassungsnovelle kommen.

Ukrainische Fachleute fordern, ähnlich wie die zahlreichen Gutachten der Venedig-Kommission des Europarates in den vergangenen Jahren, die nötigen und möglichen Verfassungsänderungen unter den Primat der Europäisierung der ukrainischen Verfassung zu stellen. Das sogenannte imperative Mandat der Abgeordneten oder die in der Ukraine seit Jahren geforderte Abschaffung der Immunität (weil sie als Deckmantel für Wirtschaftskriminalität diene) gehören ebenso wenig dazu wie die Bestimmung der Konstitution, der Präsident sei der „Garant“ für die Einhaltung der Verfassung. Dies ist nach europäischer Tradition die Aufgabe des Verfassungsgerichts.<sup>23</sup> Es besteht in der jungen ukrainischen Demokratie eine Tendenz, das Rad neu zu erfinden und rigorose Bestimmungen auszuprobieren, die auf den ersten Blick besonders demokratisch wirken, tatsächlich jedoch unpraktikabel sind. Dazu gehören die in den neunziger Jahren versuchten Regelungen, eine Mindestwahlbeteiligung festzulegen, oder die heute diskutierten Vorschläge, die Opposition durch gesetzliche Vorschriften an der Regierung zu beteiligen.

## 5.2 Die Rolle der Opposition

Die wahrscheinlich schwierigste Hürde auf dem Weg zur Konsolidierung einer demokratischen Ordnung ist die Verankerung von Opposition, und zwar sowohl in der Mentalität als auch im Gefüge der Institutionen. Was in einer eingeübten Demokratie wie eine Selbstverständlichkeit erscheint, bedarf bei der Überwindung einer totalitären Tradition gewaltiger Anstrengungen. Das Denkmuster, wonach der politische Gegner ein Feind ist und vernichtet werden muss, lässt sich nicht leicht überwinden. Und die Einsicht, dass Demokratie nicht ohne Opposition funktioniert, bleibt stets gefährdet.

Der Wahlkampf gegen Juschtschenko im Herbst 2004 trug im Osten der Ukraine noch sakralisierte Züge. Juschtschenko wurde als Antichrist dargestellt, der „die Katholiken, Raskol'niki<sup>24</sup> und Sektierer“ unterstützt. Die Entstellung seines Gesichts nach der Vergiftung im September galt als Satansmal. Orthodoxe Bruderschaften riefen zu einem „allukrainischen Kreuzzug gegen die Machtübernahme der anti-orthodoxen Kräfte mit Juschtschenko an der Spitze“ auf. Janukowitsch schaltete sogar die Gottesmutter in den Wahlkampf ein, die ihm im Traum erschienen sei und ihn für die Präsidentschaft gesegnet habe.<sup>25</sup>

Diese Rhetorik ist von einem demokratischen Oppositionsverständnis sehr weit entfernt. Die Unsicherheit über die Funktion und den institutionellen Ort von Opposition findet ihren Ausdruck auch darin, dass alle großen politischen Gruppierungen gesetzliche Regelungen befürworten, mit deren Hilfe die Opposition im Institutionengefüge fest verankert werden soll. Juschtschenko und Janukowitsch vereinbarten in einer „Deklaration der

23 Vasilij Lemak, Konstitucionnaja reforma: očertit' predmet diskussii, in: „Zerkolo nedeli“ vom 7.-14.6.2008, S. 3.

24 „Spalter“: abwertende Bezeichnung für die Altgläubigen, die in den 1660er Jahren vom Moskauer Patriarchat mit dem Kirchenbann belegt wurden.

25 Oksana Pacht'ovs'ka, Finis Europae: Konfliktnyj spadok humanistyčnogo „zachodu“ ta vizantij's'kogo „sčodu“ v sučasnij Ukraïni, in: „Sučasnist“ (2007) Heft 10, S. 75-87, hier Seite 77-78 mit Nachweisen.

Einheit und Zusammenarbeit im Namen der Zukunft der Ukraine“ im Oktober 2005 ein Gesetz, das der Opposition im Parlament bestimmte Rechte und Funktionen garantieren sollte.<sup>26</sup> Der Block Julija Tymoschenko (Bjut) schlug in einem Entwurf zur Änderung der Verfassung im Frühjahr 2008 einen umfangreichen Katalog von Rechten für die Opposition vor, die sogar Verfassungsrang erhalten sollten.<sup>27</sup> Die Opposition würde danach den Parlamentspräsidenten, die stellvertretenden Minister und zahlreiche weitere Funktionsträger der Exekutive stellen. Ein derartiger Vorschlag offenbart elementares Unverständnis für die Funktionsweise der Demokratie, aber auch große Unsicherheit und Angst davor, dass die Opposition marginalisiert oder sogar wieder in die Illegalität abgedrängt werden könnte. Dem soll durch Verfassungsregelungen ein Riegel vorgeschoben werden.

Erweist sich schon die rechtstheoretische Diskussion über Opposition als komplex und aus westlicher Perspektive nicht immer leicht nachvollziehbar, so birgt die Praxis der Jahre nach der Orangen Revolution weitere Überraschungen und zeigt immer wieder, wie schwierig es ist, die Dichotomie Opposition – Regierung in der politischen Praxis zu verankern. Denn seit es eine orangene Regierung unter Julija Tymoschenko gibt (Januar 2005), ist sie sozusagen mit zwei Oppositionen konfrontiert: der formalen von Seiten der Partei der Regionen und der Opposition aus dem eigenen orangenen Lager. Die zweite, informelle Opposition ist dabei häufig die gefährlichere, aktivere und unberechenbarere, denn ihre Ziele sind nicht deutlich. Während die offizielle Opposition die Ablösung der Regierung anstrebt, was ihr gutes Recht ist, betreibt die Opposition aus dem eigenen Lager oft Obstruktion ohne ein klares Ziel. Das eigene Lager hat schließlich diese Regierung eingesetzt.

Eine zentrale Rolle spielen die persönlichen und sachlichen Differenzen zwischen dem Präsidenten und der Premierministerin, die offenbar zu einer vertrauensvollen politischen Zusammenarbeit nicht in der Lage sind. Seit Beginn der zweiten Amtszeit von Tymoschenko als Premier im Dezember 2007 verschärften sich die Konflikte, nicht zuletzt weil beide mögliche Rivalen im Präsidentschaftswahlkampf 2009 sind.<sup>28</sup> Die Konflikte innerhalb des orangenen Lagers betreffen nicht die strategischen Ziele Westintegration, Demokratie und Marktwirtschaft, wohl aber wichtige Weichenstellungen auf dem Weg dorthin. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten bzw. dessen politischen Agenten und „seiner“ Regierungschefin reichen weit in die Tagespolitik hinein: Das Sekretariat des Präsidenten vereitelt Auslandsreisen der Premierministerin, untersagt den Gouverneuren die Teilnahme an Besprechungen mit der Regierungschefin oder verhindert die Verabschiedung des Staatshaushalts.<sup>29</sup> Im Gegenzug bezeichnete die Fraktion Block Julija Tymoschenko den Präsidenten als „eine grundsätzliche Bedrohung für die Unabhängigkeit der Ukraine.“<sup>30</sup>

Die Spannungen eskalierten und führten Anfang September 2008 zu einer neuen Regierungskrise. In einem gut vorbereiteten Handstreich verabschiedeten Block Julija Tymoschenko und die bisherige Opposition Partei der Regionen im Parlament gemeinsam eine Reihe von Gesetzen gegen den Präsidenten, dem wichtige Kompetenzen entzogen wurden. Damit wurde Juschtschenkos Fraktion Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes de facto zum Austritt aus der Koalition genötigt. Die bisherige Mehrheitskoalition hörte auf zu bestehen. Für den Zerfall der Regierungskoalition spielte die deutlich unterschiedliche

26 Memorandum porozuminnja miž vladoju ta opozycijeju, in: [www.pravda.com.ua](http://www.pravda.com.ua), 22.9.2005.

27 <http://www.khpg.org/index.php?id=1210860948>.

28 Ukraine: Yushchenko Plots his Premier's Removal, in: „Oxford Analytica“ vom 11.3.2008.

29 Tymoschenko zvynuvatyla Juščenko u provali bjužžety, in: [www.pravda.com.ua](http://www.pravda.com.ua), 12.7.2008.

30 „...Dijal'nist' prezydenta Ukraïny stanovit' odnu z osnovnych zagroz nezaleznosti Ukraïny“, in: <http://obkom.net.ua> vom 16. 4. 2008.

Bewertung des russisch-georgischen Krieges im August 2008 eine wichtige Rolle. Bjut war nicht zu einer Verurteilung Russlands bereit, zu der sich der Präsident von Anfang an bekannt hatte.

Während in autoritären Regimes die Opposition unterdrückt und marginalisiert wird, beobachten wir in der Ukraine in den Jahren nach der Orangen Revolution das Gegenteil: Die Opposition ist stark, und sie trägt wesentlich Mitverantwortung für Blockade und politischen Stillstand im Land. Rolle, Funktion und Wirkungsweise von Opposition vagabundieren und haben kein klares Profil in der politischen Praxis. Möglicherweise ist die Angst vor einem Rückfall in autoritäre Politik innerhalb des orangenen Lagers, die mit der Person von Julija Tymoschenko assoziiert wird, so stark, dass die „demokratische Koalition“ aus Bjut und Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes sich selbst lähmte und zunehmend handlungsunfähig wurde. So fehlt es heute nicht an einer handlungsfähigen Opposition, sondern an Loyalität und Vertrauen innerhalb des Regierungslagers, ohne die Koalitionen nicht funktionsfähig sind.

## 6 Eine Bilanz

Der Aufbruch im Winter 2004/2005 hat das „semi-autoritäre“ System überwunden, manche anderen Erwartungen und Versprechungen wurden nicht erfüllt. Insbesondere der von Juschtschenko zunächst mit großem Elan begonnene Kampf gegen die Korruption erlahmte schon nach wenigen Monaten und wurde im Herbst 2005 aufgrund des oben genannten Memorandums über nationale Verständigung zwischen Juschtschenko und Janukowitsch quasi offiziell eingestellt. Der Widerstand gegen die Offenlegung der außergesetzlichen Privatisierungen in den neunziger Jahren und der fortdauernden kriminellen Aktivitäten in Wirtschaft und Politik war offenbar weit stärker als die orangenen Sieger erwartet hatten, und dem Präsidenten fehlten Kraft und Entschlossenheit, sich dem entgegenzustemmen. Wahrscheinlich kommt hinzu, dass auch im Orangen Lager selbst nicht wenige Reiche um ihren Reichtum bangten. Jedenfalls blieb ein wesentliches Versprechen vom Majdan uneingelöst: Eine Trennung von Wirtschaft und Politik fand nicht statt. Auch heute fehlt es an Transparenz bei Big Business. Es hängt unmittelbar damit zusammen, dass Fortschritte bei der Reform des Justizwesens und der Sicherung seiner Unabhängigkeit kaum zu verzeichnen sind.

Stattdessen kam es zu einer weiteren Pluralisierung der Oligarchie; Oligarchen und ihre Agenten finden sich in allen politischen Lagern, allerdings in unterschiedlichem Umfang.<sup>31</sup> Nirgendwo spielen sie eine so herausragende Rolle wie in der Partei der Regionen. Rinat Achmetov, der nach der Orangen Revolution sein Vermögen verdoppelte und nun als der reichste Mann Europas gilt, ist als der „faktische Eigentümer“<sup>32</sup> der Partei der Regionen bezeichnet worden. Weil es an einer adäquaten staatlichen Parteienfinanzierung fehlt, sind die politischen Parteien und Bewegungen insbesondere bei Wahlkämpfen de facto auf Oligarchen und andere private Sponsoren angewiesen. Vorschriften zur Offenlegung der Parteienfinanzierung gibt es nicht.

31 Heiko Pleines, Die Macht der Oligarchen. Großunternehmer in der ukrainischen Politik, in: „Ukraine-Analysen“ (2008) Nr. 40, S. 2-6.

32 Viktor Čyvolkunja, Spysok Partii regioniv, in: www.pravda.com.ua 10.8.2007.

Neben diesen Einschränkungen müssen zahlreiche positive Entwicklungen bedacht werden, die deutlich machen, dass die Ukraine von allen Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion – ausgenommen die baltischen Staaten – mit Abstand am weitesten auf dem Weg zu einer demokratischen Ordnung fortgeschritten ist. Dies findet seinen Ausdruck darin, dass Wahlen einschließlich vorgezogener Parlamentswahlen das wichtigste Instrument zur Überwindung der Lähmung des politischen Prozesses sind. Der Appell an den Souverän ist ein genuin demokratisches Instrument und unterscheidet die Ukraine ein weiteres Mal von autoritären Regimes. Die Ukraine ist übrigens das einzige Land im GUS-Raum, dessen Wahlen seit dem Dezember 2004 von den westlichen Wahlbeobachtern durchgehend als frei und fair zertifiziert worden sind.

Wahlen haben sogar unter den Bedingungen des Kutschma-Systems eine große Rolle gespielt, auch wenn sie damals weder fair noch frei waren. Sie haben bereits in den neunziger Jahren das politische Leben strukturiert, Parteien und Wahlblocks entstehen und zerfallen lassen.<sup>33</sup> Wahlkämpfe begannen und beginnen unverhältnismäßig früh. So werfen die Ende 2009 anstehenden Präsidentenwahlen bereits seit Frühjahr 2008 ihre Schatten voraus. Solange Wahlen der Dreh- und Angelpunkt des politischen Prozesses sind, besteht kein Grund zu einer pessimistischen Prognose für die Demokratie in der Ukraine. Schließlich ging es auch bei der Orangen Revolution zentral um Wahlen, nämlich um das Recht frei zu wählen und ungefälscht die Stimmen auszuzählen.

Machtwechsel, d. h. die Übergabe der Exekutive von einer politischen Gruppierung an eine andere, sind ein zentrales Signum demokratischer Ordnung. Nach der Orangen Revolution, die selbst ein veritabler Machtwechsel war, haben bereits drei Mal (im Herbst 2005, August 2006 und Dezember 2007) Macht- bzw. Regierungswechsel stattgefunden. Auch wenn dies jedes Mal mit einer monatelangen Hängepartie und 2007 mit vorgezogenen Neuwahlen zum Parlament verbunden war, findet hier dennoch eine Einübung in den Wechsel von Regierung zur Opposition und zurück statt, der dazu beitragen kann, demokratisches Bewusstsein zu entwickeln. Jedenfalls haben in den vergangenen Jahren alle führenden Politiker persönlich diesen Wechsel erlebt. Niemand hat Schaden an Leib und Leben genommen – eine große Errungenschaft nach Generationen kommunistischer Herrschaft.

Juschtschenko löste im Frühjahr 2007 vorzeitig das Parlament auf, weil die begründete Befürchtung bestand, die damalige Regierungskoalition aus Partei der Regionen, Sozialisten und Kommunisten sei drauf und dran, die Verfassung so umzuschreiben, dass ein Machtwechsel in der Zukunft möglichst ausgeschlossen oder zumindest nachhaltig erschwert worden wäre. Um den Kontrast deutlich zu machen, sei daran erinnert, dass in Russland seit dem Übergang der Macht von Gorbatschow auf Jelzin, d.h. seit dem Ende der Sowjetunion kein Machtwechsel stattgefunden hat, in Belarus ist Lukaschenko seit 1994 Präsident.

Nach der Orangen Revolution formierte sich ein klar strukturiertes Spektrum politischer Parteien mit der Tendenz zu einem Zwei-Parteien-Parlament. Parteien der Macht, d.h. von der Präsidialadministration geschaffene Lobbygruppen zur Machtsicherung der Exekutive im Parlament, gibt es nicht mehr. Dies ist ein deutlicher Schritt nach vorn im Vergleich zu den neunziger Jahren und der extremen Fluidität der Parteien, die auch noch die Zusammensetzung der Verchovna Rada von 2002 bestimmte. Im Parlament von 2006 und 2007 waren jeweils fünf Parteien bzw. Blöcke vertreten, vier davon saßen in beiden Parla-

33 Ott, Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine, a.a.O., S. 57-125.

menten. An die Stelle der ausgeschiedenen Sozialisten trat 2007 der Block Lytwin. Nach den Wahlen 2006 bildeten drei Parteien die Regierung (Partei der Regionen, Sozialisten und Kommunisten) und zwei die Opposition (Bjut, Unsere Ukraine). Nach der Parlamentswahl im September 2007 taten sich zwei Parteien bzw. Blöcke zur Mehrheitskoalition zusammen (Bjut, Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes), die Partei der Regionen ging in die Opposition. Die Kommunisten und Block Lytwin mit jeweils etwa 5% der Abgeordneten hielten sich alle Wege offen.<sup>34</sup>

Die für autoritäre Systeme typische Gefahr einer starken oder gar ausschließlichen Machtkonzentration bei einer Partei oder Parteiengruppierung besteht in der Ukraine nicht. Das Gegenteil ist der Fall: Zwei annähernd gleich starke Blöcke stehen sich im Parlament gegenüber und tendieren dazu, einander zu blockieren. Eine andere Gefahr für die Berechenbarkeit des politischen Prozesses geht von den Auflösungstendenzen innerhalb des Juschtschenko-Lagers aus, wo die Fraktion Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes einem ständigen Erosionsprozess unterliegt. Dies ist eine der zentralen Ursachen für die oben erörterten Konflikte innerhalb des orangenen Lagers.

Die Ukraine ist ein Land der Pressefreiheit und der Medienvielfalt. Das ist eine der Errungenschaften der Orangen Revolution und heute nicht ernsthaft in Gefahr. Zwar sind zahlreiche Medien nach wie vor in der Hand von Oligarchen, dies ist jedoch kein Hindernis für Pluralität, denn die Industrie- und Finanzgruppen ziehen politisch keineswegs am gleichen Strang. Im Zusammenhang mit der vorgezogenen Wahl des Oberbürgermeisters von Kiew im Mai 2008 gab es Klagen über Medienmanipulationen zugunsten des Amtsinhabers und Wahlsiegers Leonid Tschernowezkyj, der seinen Wahlkampf mit unlauteren materiellen Mitteln geführt haben soll.<sup>35</sup> Eine von der Regierung gesteuerte Medienlandschaft wie vor 2004 gibt es jedoch nicht mehr. Eher ist die sozusagen prinzipielle Oppositionsbereitschaft der Medien gegenüber der Regierung, insbesondere der Regierung Tymoschenko, ein Charakteristikum dieser Landschaft, was die Ukraine an die Seite demokratischer Gesellschaften rückt und sie ganz unvereinbar mit autoritären Regimes macht.

## 7 Externe Akteure

Wenn man den Weg der Ukraine zur Demokratie mit dem in den anderen Ländern Ostmitteleuropas vergleicht, ist zu bedenken, dass es wesentlich weniger externe Faktoren gab, die einen positiven Einfluss hatten, dafür aber umso mehr externe Faktoren, die bremsend auf die Demokratieentwicklung einwirkten. Die relativ rasche demokratische Stabilisierung in den baltischen Staaten oder in der Slowakei wäre ohne den Druck aus Brüssel, d.h. ohne die Beitrittsprozesse zur NATO und zur EU weit weniger fortgeschritten. Weil in diesen Ländern ein weitgehender Konsens für den Beitritt zu den euro-atlantischen Organisationen bestand und weil die Organisationen ihrerseits bereit waren, diese Länder als Mitglieder aufzunehmen, entstand ein erheblicher Reformdruck.

Die Ukraine muss ohne diesen Druck von außen auskommen und sich sozusagen an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen. Die EU bietet der Ukraine bekanntlich bis heute keine Beitrittsperspektive; die NATO bietet zwar eine, ist aber zögerlich hinsichtlich

<sup>34</sup> „Ukraine-Analysen“ (2006) Nr.5, S. 6-7; „Ukraine Analysen“ (2007) Nr. 28, S. 2-3.

<sup>35</sup> Viktorija Sjumar / Sofija Mašovec, „Storožovi psy“ čy „storožovi cucyky“, abo pro kyivs'ki vybory u kryvomu medijnomu dzerkali, in: [www.pravda.com.ua](http://www.pravda.com.ua), 27.5.2008.

eines Zeitplanes. Insoweit befindet sich die Ukraine integrationspolitisch in einer schwierigeren Lage als beispielsweise die Türkei, die seit Jahrzehnten Mitglied der NATO ist und seit Jahren Beitrittsverhandlungen mit der EU führt. Zwar hat die NATO auf ihrem Gipfel in Bukarest im April 2008 erstmals erklärt, die Ukraine und Georgien würden Mitglieder werden, und der Annäherungsprozess an die EU hat seit der Regierungsübernahme durch Julija Tymoschenko im Dezember 2007 neuen Schwung gewonnen, aber die bedeutende Hebelwirkung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die von einer Beitrittsperspektive zur EU ausgeht, lässt sich nicht ersetzen.

Die Situation verschärft sich dadurch, dass Russland sich als aktiver Gegner des NATO-Beitritts der Ukraine positioniert und dabei im Land selbst viele Anhänger hat. So fehlen den Westlern in der Ukraine nicht nur die Hebel aus Brüssel, sie sind darüber hinaus mit Gegendruck aus Moskau konfrontiert. Im Ergebnis entsteht ein Teufelskreis: Im Westen werden vielfach und zu Recht die mangelhaften Demokratiefortschritte in der Ukraine beklagt; die Orangene Revolution sei verpufft, heißt es. Andererseits trägt der Westen durch seine Politik bzw. seine fehlenden politischen Entscheidungen eben zu diesem Zustand wesentlich bei.

Trotz dieser erschwerten Bedingungen formiert sich nach anderthalb Jahrzehnten Unabhängigkeit im Land ein Konsens, auf dem man Demokratie aufbauen kann. Ausgangspunkt ist die Überzeugung, dass die staatliche Unabhängigkeit erhalten bleiben muss. Auch die kulturell und politisch auf Russland orientierten oder sowjetnostalgisch eingestellten Gruppen der Bevölkerung im Osten und Süden des Landes wollen keinen Anschluss an Russland. Insoweit besteht keine Alternative zur ukrainischen staatlichen Unabhängigkeit. Der aus Russland unterstützte Krim-Separatismus Mitte der neunziger Jahre hat keinen Bestand gehabt. Damit besitzt russische Politik in der Ukraine keinen Hebel wie in Georgien mit Abchasien und Süd-Ossetien oder in Moldova mit Transnistrien.

Auch andere langfristige Ziele können in der Ukraine als Konsens gelten. Dazu gehören Marktwirtschaft, Demokratie und Westintegration. Was diese strategischen Ziele im politischen Alltag bedeuten und wie sie zu erreichen sind, bleibt umstritten. Zur Westintegration gibt es keine Alternative. Je mehr die russische politische Rhetorik in imperiale Muster zurückfällt – die Ukraine sei kein Staat und die ukrainische Sprache sei keine Sprache – umso mehr zwingt sie die Ukraine zur Westwendung. Die Partei der Regionen und derzeitige Opposition ist kein prinzipieller Gegner der Westintegration. Das strategische Ziel der NATO-Mitgliedschaft wurde 2002 erstmals von Kutschma formuliert; die Mitgliedschaft in der EU ist als Ziel seit vielen Jahren in allen großen politischen Lagern unstrittig.

Stellen die vielfältigen Spaltungen und Grenzen innerhalb des Landes diese Elemente des Konsenses in Frage? Das Gegenteil ist der Fall. Die Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit verlangt gebieterisch die Kooperation aller Landesteile. Keine Region kann alle anderen dominieren. Pluralismus ist eine zwingende Notwendigkeit, wenn die Ukraine als Staat erhalten bleiben soll. Insofern folgt Demokratie auch aus den inneren geopolitischen Grundgegebenheiten des Landes. Damit ist demokratischer Konsens natürlich noch nicht eine Überzeugung. Aber der Zwang zur Toleranz erleichtert die Anerkennung des Grundsatzes, dass Demokratie *the only game in town* ist, wie die bekannte Formulierung von Adam Przeworski lautet. Die Zerklüftung und Zerrissenheit der Ukraine im Inneren tragen dazu bei, dass Demokratie nicht zur Fassade eines autoritären Regimes verkommt.<sup>36</sup> Es gibt

36 Gespaltenheit als Voraussetzung für Demokratie auch bei Stephan Sestanovich, *Ukraine's Democratic Strengths*, in: „Washington Post“ vom 19.11.2005, zitiert nach: Åslund, a.a.O., S. 26.



keine Alternative zum Pluralismus, es sei denn, die Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine stehen zur Disposition.

### *Literatur*

- Åslund, Anders, The Ancien Regime: Kuchma and the Oligarchs, in: *Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough*, herausgegeben von ders. / Michael McFaul, Washington D.C. 2006, S. 9-28.
- Åslund, Anders / McFaul, Michael (Hrsg.), *Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough*, Washington D.C. 2006.
- Bos, Ellen, Das politische System der Ukraine, in: *Die politischen Systeme Osteuropas*, herausgegeben von Wolfgang Ismayr, Wiesbaden 2004<sup>2</sup>, S. 469-513.
- Bredies, Igmarr, Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990-2006, Hamburg 2007.
- Bunce, Valerie J. / Wolchik, Sharon L., International Diffusion and Postcommunist Electoral Revolutions, in: „Communist and Post-Communist Studies“ 39 (2006) Heft 3, S. 283-304.
- Darden, Keith, The Integrity of Corrupt States: Graft as an Informal State Institution, in: „Politics and Society“ 36 (2008) Heft 1, S. 35-60.
- Diuk, Nadia, The Triumph of Civil Society, in: *Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough*, herausgegeben von Anders Åslund, Michael McFaul, Washington D.C. 2006, S. 69-83.
- Herd, Graeme P., Colorful Revolutions and the CIS. „Manufactured“ versus „Managed“ Democracy?, in: „Problems of Post-Communism“ 52 (2005) Heft 2, S. 3-18.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), *Die politischen Systeme Osteuropas*, Wiesbaden 2004<sup>2</sup>.
- Krushelnicky, Askold, *An Orange Revolution*, London 2006.
- Kuzio, Taras, The Opposition's Road to Success, in „Journal of Democracy“ 16 (2005) Heft 2, S. 117-130.
- McFaul, Michael, Conclusion: The Orange Revolution in a Comparative Perspective, in: *Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough*, herausgegeben von Anders Åslund / ders., Washington D.C. 2006, S. 165-195.
- Ott, Alexander, *Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine von 1991-1998*, Köln 1999.
- Ott, Alexander, Präsident, Parlament, Regierung – Wie konsolidiert ist das System der obersten Machtorgane?, in: *Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991-2001)*, herausgegeben von Gerhard Simon, Köln / Weimar / Wien 2002, S. 75-98.
- Pachl'ovs'ka, Oksana, Finis Europae: Konfliktnyj spadok humanistyčnogo „zachodu“ ta vizantijs'kogo „schodu“ v sučasnij Ukraïni, in: „Sučasnist“ (2007) Heft 10, S. 77-87.
- Simon, Gerhard, Der Wandel autoritärer Systeme. Postkommunistische Volksbewegungen für Demokratie, in: „Osteuropa“ 56 (2006) Heft 7, S. 79-93.
- Simon, Gerhard (Hrsg.), *Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991-2001)*, Köln / Weimar / Wien 2002.
- Umland, Andreas (Hrsg.), *Aspects of the Orange Revolution*, Band 1-6, Stuttgart / Hannover 2007.
- Way, Lucan A., Kuchma's Failed Authoritarianism, in: „Journal of Democracy“ 16 (2005) Heft 2, S. 131-145.
- Wilson, Andrew, *Ukraine's Orange Revolution*, New Haven / London 2005.
- Zon, Hans van, Political Culture and Neo-patrimonialism under Leonid Kuchma, in: „Problems of Post-Communism“ 52 (2005) Heft 5, S. 12-22.